



## Ohne Zumutungen geht es nicht

Experte fordert Zeitenwende in der Finanzpolitik

**Ohne Zumutungen wird es nicht gehen, erklärte Professor Dr. Jens Boysen-Hogrefe bei seinem Vortrag zur Zeitenwende in der Finanzpolitik im öffentlichen Teil der Delegiertenversammlung des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein. Der Konjunktur-Experte des Instituts für Weltwirtschaft analysierte die Finanzpolitik von Bund und Ländern sowie die aktuellen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland.**

Sein Urteil ist eindeutig: Die großen Fehler wurden im Zeitraum von 2010-2019 gemacht. Damals profitierten Arbeitsmarkt und öffentliche Kassen von einer boomenden Konjunktur. Doch alle politischen Entscheidungen wurden mit teuren Kompromissen erkaufte. Diese Steigerung der Primärausgaben in den öffentlichen Haushalten zieht sich bis heute durch, sie zementiert die Ausgabenseite des Staates. Jetzt haben sich die Vorzeichen gedreht: Die Steuereinnahmen steigen nicht mehr so an wie in der Vergangenheit, gleichzeitig stehen aber große und teure Herausforderungen vor der Politik. Ausgleichen kann man dieses nur dadurch, dass man sich auf der Ausgabenseite trennt von dauerhaften Belastungen. Diese Einschnitte werden aber unweigerlich zum Protest der Betroffenen führen.

Wichtig ist dem Konjunkturforscher, dass die Inflation von der Politik nicht auf die leichte Schulter genommen wird. Denn sie müsse bekämpft werden, sonst drohten langfristig erhebliche Einbrüche auch in der Realwirtschaft. Boysen-Hogrefe erläuterte anschaulich, dass es bei der Inflationsentwicklung gar nicht so einfach sei, zwischen Gewinnern und Verlierern zu unterscheiden. Die meisten Akteure seien gleichzeitig positiv wie negativ betroffen. Insofern bezeichnete er es als gravierenden Fehler, wenn die Politik durch hektische Einzelmaßnahmen versuche, die Auswirkungen auf Einzelne zu vermindern. Häufig würden damit auch die Falschen getroffen und der Staatshaushalt über Gebühr belastet, so Boysen-Hogrefe.

Er plädierte im Fazit für eine entschlossene Inflationsbekämpfung durch Begrenzung der staatlichen Ausgaben. Gleichzeitig müsse politisch aufgepasst werden, dass die Auswirkungen gleichmäßig verteilt werden. Für die Zukunft Deutschlands als Wirtschaftsstandort sah er vor allem die Stärkung von Bildung und Forschung als essenziell an. Schon heute sei der Mangel an Fachkräften das größte Wachstumsrisiko.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

## Sie lesen in diesem Nord-Kurier

Das aktuelle Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ ist da! Wir haben wieder 100 Beispielsfälle aus ganz Deutschland zusammengetragen, darunter auch zehn aus unserem Bundesland. Alle aktuellen Fälle aus Schleswig-Holstein finden Sie in der Kurzfassung auf



Seite 3

Wer mehr lesen will und weitere Informationen zur immer noch alltäglichen Verschwendung sucht, bekommt diese vom Bund der Steuerzahler in zwei Varianten: Auf unserer Recherche-Plattform im Internet gibt es aktuelle Updates und Diskussionen mit den Autoren. Die klassische Druckversion senden wir Ihnen gerne kostenlos zu. Die Bezugsmöglichkeiten erläutern wir Ihnen ausführlich auf

Seite 4

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., [www.steuerzahler-sh.de](http://www.steuerzahler-sh.de)

**Redaktion:** Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: [schleswig-holstein@steuerzahler.de](mailto:schleswig-holstein@steuerzahler.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Roger H. Müller, Rainer Kersten

**Erscheinungsweise:** 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

**Auflage:** 7.000, 52. Jahrgang, 11/2023

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag u. Werbegesellschaft mbH, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, Mail: [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de)

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

# Wahlen beim BdSt Schleswig-Holstein



Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat des BdSt Schleswig-Holstein bei der Delegiertenversammlung in Kiel mit Bundesverbandspräsident Reiner Holznagel (1. Reihe Mitte links). Es fehlen aus dem Vorstand Roger H. Müller und Dr. Dieter Kopplin sowie aus dem Verwaltungsrat Johanna Lübke und Dr. Holger Klink. Foto: J. Welding

**„Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft“, lautet die Überschrift der Resolution, die die diesjährige Delegiertenversammlung des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V. am 27. September 2023 in Kiel einstimmig beschlossen hat. Die Resolution lesen Sie unten auf dieser Seite im vollen Wortlaut.**

Bei den turnusmäßigen Wahlen wurden der Vizepräsident Roger H. Müller aus Oldenburg in Holstein und Nicolaus Lange aus Lübeck einstimmig in ihren Vorstandsämtern für drei weitere Jahre bestätigt. Auch im Verwaltungsrat gab es einstimmige Wiederwahlen: Der stellvertretende Vorsitzende Eckhard Hess aus Kiel, Wolf-

gang Hennig aus Leck und Dr. Holger Klink aus Strande wurden in ihren Ämtern für drei weitere Jahre bestätigt. Für die auf eigenen Wunsch ausscheidende Monika Horstmann aus Lauenburg wurde einstimmig Elvira Haman aus Brunsbüttel in den Verwaltungsrat gewählt.

Die Delegierten haben die Jahresberichte von Vorstand und Verwaltungsrat diskutiert, den Jahresabschluss ebenso einstimmig beschlossen wie den Gremien Entlastung erteilt. Wichtig sind auch die inhaltlichen Impulse, die auf der Versammlung für die weitere Arbeit des Landesverbandes gegeben werden.

In einem Grußwort dankte Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, dem Landesverband für seine Unterstützung und wichtigen fachlichen Beiträge für die Arbeit des Gesamtverbandes. Der Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein sei eine wichtige Säule der Interessenvertretung für die Steuerzahler in Deutschland.

## Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft

### Ausgangslage:

Die bisher gute wirtschaftliche Situation mit einem hohen gesellschaftlichen Wohlstand in Deutschland war nur möglich, weil wir in den letzten 20 Jahren eine positive konjunkturelle Entwicklung mit hohen Beschäftigungszahlen sowie einer guten Entwicklung von Einkünften und Gewinnen verzeichnen konnten. Die daraus generierten Steuereinnahmen waren der Garant für einen leistungsfähigen Staat. Doch diese erfolgreiche Entwicklung droht umzuschlagen: Weltwirtschaftliche Krisen, der Krieg in Europa und ein immer größerer Reformstau lassen befürchten, dass die Standortbedingungen Deutschlands im internationalen Wettbewerb zurückfallen. Konjunkturelle Einbrüche, höhere Soziallasten und Wegbrechen der Steuereinnahmen wären die Folge. Deshalb müssen jetzt die notwendigen Voraussetzungen für eine Umkehr zu einer wieder positiven Entwicklung geschaffen werden.

### Unsere Forderungen:

- Stärkung der Bildung und Forschung, um ergebnisoffen neue technische Lösungen für die Herausforderungen im Bereich der Energienutzung und Klimawende zu finden. Gut ausgebildete Fachkräfte sind der wichtigste Standortfaktor Deutschlands.

## Resolution

- Investitionen in die Verkehrs-, Gebäude- und Informationsinfrastruktur. Das schließt auch eine erfolgreiche Digitalisierung mit tatsächlichen Effizienzgewinnen ein.
- Entlastung von Steuern und von staatlichen Abgaben. Vorschriften müssen einfach und verlässlich sein. Insbesondere mittlere Einkommensbezieher müssen davon profitieren, damit sich für sie mehr Engagement und Beschäftigung wieder lohnen.
- Strukturelle Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt mit mehr Effizienz und Flexibilität. Demographie und Fachkräftemangel erfordern eine hohe Leistungsbereitschaft und gute Ausbildung aller Beschäftigten.
- Massive Einschnitte zum Bürokratieabbau auf allen Ebenen. Persönliches Engagement, Leistungswille und innovative Ideen dürfen nicht länger durch bürokratische Vorschriften gefesselt werden. Der Staat muss schlanker werden, um die Gesellschaft leistungsfähiger zu machen.
- Nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik ohne zusätzliche Verschuldung. Sie entlastet die junge Generation und stärkt damit den Leistungswillen und die Zuversicht in eine erfolgreiche Zukunft.

# Verschwendung bleibt ein Ärgernis

## Zehn Fälle aus Schleswig-Holstein im aktuellen Schwarzbuch 2023/24

Am 17. Oktober haben wir in einer Pressekonferenz unser aktuelles Schwarzbuch 2023/24 vorgestellt. Leider ist auch Schleswig-Holstein wieder zahlreich vertreten. Zehn typische Fälle aus unserem Bundesland haben wir zusammengetragen. Dieses ist aber nur die Spitze des Eisberges der Beispiele für Pleiten, Pech und Pannen im Lande. Bei unserer Auswahl suchen wir nach Fällen, die typisch sind für den sorglosen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler. Damit wollen wir vorbeugend für die Zukunft erreichen, dass andere Kommunen und Landesbehörden aus den gemachten Versäumnissen lernen und nicht die gleichen Fehler wiederholen. Uns geht es nicht darum, mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern vor falschen Entscheidungen rechtzeitig zu warnen. Trotzdem bleibt jeder berichtete Fall ein besonderes Ärgernis für diejenigen, die als Steuerzahler dafür die Zeche zahlen müssen. Hier haben wir alle Fälle aus Schleswig-Holstein in einer Kurzfassung zusammengetragen.

### Erfolg: Letzte Reise für den Muschelläufer

Die der Stadt Ahrensburg geschenkte Skulptur „Muschelläufer“ war marode und hätte für 29.000 Euro saniert werden müssen. Über die Verteilung der Kosten stritten sich Stadt und Künstler. Jetzt hat man sich geeinigt: Das Kunstwerk soll an den Erschaffer zurückgegeben werden. Die Stadt trägt nur die Transportkosten. Damit wird die Forderung des Bundes der Steuerzahler aus dem Schwarzbuch 2020/21 erfüllt.

### Bewerbung ohne Gartenschau

Die Kommunen in Schleswig-Holstein wurden aufgefordert, sich für eine Landesgartenschau ab 2025 zu bewerben. Die Erstellung der Bewerbungsunterlagen wurde mit bis zu 80 Prozent vom Land gefördert. Als sich herausstellte, dass für die Blumenschau selbst jedoch kein Geld vorhanden ist, zogen die beiden einzigen Interessenten ihre Bewerbung zurück.

### Holzdeck ohne Nutzen

560.000 Euro kostete ein Aussichtspunkt aus Holz an der Strandpromenade von Heikendorf. Für die Nutzung dieses Holzdecks selbst gibt es aber noch keine konkreten Pläne.



### 6.000 Euro pro saniertes Fenster

Im Schleswig-Holsteinischen Landeshaus wurden 3 Millionen Euro Steuergeld nur für die Sanierung von 500 Fenstern fällig – im Durchschnitt zahlt der Steuerzahler 6.000 Euro pro Fenster!

### Teure Fahrradstellplatzanlage, die niemand braucht



Für 175.000 Euro hat die Stadt Rendsburg auf der Südseite des Nord-Ostsee-Kanals eine Fahrradstellplatzanlage bauen lassen, doch genutzt wird sie kaum. Wer in das Stadtzentrum will,

kann nämlich mit seinem Fahrrad einfach durch einen Fußgängertunnel fahren.

### Seebrücken sind Scharbeutz lieb und teuer

Fast 40 Millionen Euro gibt die Gemeinde Scharbeutz für zwei neue Seebrücken aus – doppelt so viel wie geplant. Möglich ist das nur, weil das Land Schleswig-Holstein



auch seine Förderung verdoppelt – auf jetzt mehr als 32 Millionen Euro. Eine Anpassung der Pläne an die gestiegenen Kosten gab es dagegen nicht.

### 700 m Straße für mehr als 2,5 Millionen Euro

Mehr als 2,5 Millionen Euro statt geplanter 1,6 Millionen Kosten und eine Bauzeit von 15 statt 12 Monaten: Das ist die Bilanz der Sanierung eines nur 700 Meter langen Teilstücks einer Kreisstraße, die selbst von Anliegern selten befahren wird.

### Teurer Koalitionsvertrag trotz Haushaltskrise

Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen in Schleswig-Holstein 2022 wird für die Steuerzahler richtig teuer: zusätzliche Minister, Staatssekretäre und insgesamt 1.600 weitere Stellen im Landesdienst. Dabei zeichnet sich eine Haushaltskrise ab: Schon im Mai 2023 hatte die Finanzministerin eine Haushaltssperre verhängt.

### 9,2 Millionen Euro für drei Fischotter

Im Multimar Wattforum in Tönning ist eine Fischotteranlage mit Freigehege angelegt worden. Schon im Schwarzbuch 2019/20 warnten wir vor den Kosten. Jetzt steht fest, dass die Einrichtung 9,2 Millionen Euro Steuergelder für drei Tiere investiert.

### Teure Symbolpolitik

Der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr soll umbenannt werden, ohne dass sich an seinen Aufgaben selbst etwas ändert. Das wurde so im Koalitionsvertrag vereinbart. Die teure Folge: Die geschätzten Sachkosten für neue Schilder und Briefbögen betragen 210.000 Euro. Personalkosten und die mögliche Beauftragung einer Werbeagentur sind dabei noch nicht eingerechnet.

Weitere Informationen zum Schwarzbuch auf der nächsten Seite.

# Blick durch das Land



Ein bisschen ist es so wie mit der Fehlersuche bei den deutschen Fußballnationalmannschaften: Fehlte einfach nur das Spielglück? Oder wollte man zu viel erreichen, waren die eigenen Ansprüche zu hoch? Am fehlenden Willen und der Bereitschaft, sich für das gemeinsame Ziel einzusetzen, lag die Erfolglosigkeit jedenfalls nicht, da sind sich die Experten einig.

So ähnlich geht es auch den Verantwortlichen bei wichtigen Klimaschutzprojekten in Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel. Niemand will ihnen die gute Absicht absprechen. Doch der gute Wille allein reicht meistens nicht aus, um auch erfolgreich zu sein.

Nehmen wir als Beispiel den Kieler Seehafen: Hier legen täglich drei große Fährschiffe an. Hinzu kommen bis zu drei Mega-Kreuzfahrtschiffe im Sommer gleichzeitig. Auch im Hafen brauchen diese Schiffe Strom. Und dafür nutzen sie traditionell ihre Maschinenanlagen, um den Bordstrom aus den Dieselmotoren zu erzeugen. Das führt zur Luftverunreinigung und ist klimaschädlich.

Nun sah man es als Lösung an, die Schiffe im Hafen durch einen Landstromanschluss zu versorgen. Dann könnten sie ihre Motoren abstellen. Doch so einfach ist die ganze Sache nicht: Land- und internationaler Schiffstrom haben unterschiedliche Spannungen, Frequenzen und verschiedene Systeme. Hinzu kommt der enorme Strombedarf der großen Kreuzfahrtschiffe. Sie benötigen bis zu 16 Megawatt, das ist die Leistung von drei modernen Windkraftanlagen. Entsprechend groß – und vor allem teuer – muss die Stromversorgung von Land aus sein.

In einem ersten Schritt wurden die Liegeplätze der Color- und Stena-Fähren sowie der Ostseekai für die Kreuzfahrtschiffe mit einer 13,5 Millionen Euro teuren Anlage versehen. Doch weil der Strom aus der Steckdose in Deutschland teurer ist als eine Eigenversorgung der Schiffe, müssen die Strompreise subventioniert werden.

Amortisieren werden sich die Investitionen jedenfalls in keinem Fall.

Während die Stromversorgung für die beiden Fährschiffe ganz ordentlich läuft, kommen aus den Kreuzfahrtschiffen weiterhin schwarze Abgaswolken. Jetzt, zwei Jahre nach Bau der Landstromanschlüsse, ist herausgekommen, dass die international operierenden Kreuzfahrtriesen in der Regel mit ihrer rechten Seite anlegen und deshalb ihren Landstromanschluss auch auf dieser Schiffsseite montiert haben. Am Kieler Ostseekai müssen sie jedoch mit der linken Schiffsseite festmachen, eine Übernahme des langen Stromkabels ist so gar nicht möglich.

Nach diesen Erfahrungen zweifeln die Skeptiker an, ob es wirklich sinnvoll ist, jetzt auch den Kieler Ostuferhafen mit einer Landstromversorgung zu bestücken. Hierfür will der Seehafen mit öffentlichen Fördermitteln rund 17 Millionen Euro aufwenden. Wie viele Schiffe diese Möglichkeit wirklich nutzen und ob es nicht in der Zukunft andere Kraftstoffe gibt, bei denen Landstrom gar keine sinnvolle Alternative mehr ist, bleibt offen.

Ähnlich unglücklich agierte auch die Kieler Verkehrsgesellschaft bei der Anschaffung von klimafreundlichen Elektrobussen. Sie fahren leise und schadstoffarm. Ihre Batterien werden jeweils an der Endhaltestelle durch Stromabnehmer aufgeladen. Doch genau hier liegt die Crux: Durch die zahlreichen Straßenbaustellen in der Stadt verspäten sich nahezu alle Buslinien. Bislang konnte ein Teil der Verspätung dadurch aufgefangen werden, dass man die Wendezeit an der Endhaltestelle reduziert hat. Doch diese Zeit reicht dann nicht mehr, um die Batterien aufzuladen. So bauen sich die Verspätungen der Busse im Laufe des Tages immer weiter auf.

Wir erinnern uns an alte bekannte Sprichwörter: Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Oder eben auch: Erst hat man kein Glück und dann kommt auch noch Pech dazu.

## Schwarzbuch bestellen



Unser jährlich erscheinendes Schwarzbuch bieten wir allen Interessierten in zwei Varianten an: Alle Verschwendungsfälle enthält unsere Rechercheplattform [www.schwarzbuch.de](http://www.schwarzbuch.de). Dort finden Sie nicht nur die Beispiele aus der aktuellen Druckausgabe, sondern auch weitere Fälle, die wir in ganz Deutschland recherchiert haben. Weiterhin gibt es die Möglichkeit, mit den Autoren der Verschwendungsfälle in eine Diskussion zu treten und eigene Kommentare zu den ausgewählten Fällen zu schreiben.

Daneben gibt es aber auch weiterhin die klassische Druckausgabe, in der 100 ausgewählte Fälle mit Bildern und weiteren Informationen abgedruckt sind.

Der inhaltliche Schwerpunkt unseres diesjährigen Schwarzbuches beschäftigt sich mit der Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen und Behörden. Häufig werden hier riesige Summen für fragwürdige PR-Kampagnen ausgegeben. Auch die Zahl der Mitarbeiter in diesen Bereichen der öffentlichen Verwaltung steigt von Jahr zu Jahr deutlich an.

Das gedruckte Schwarzbuch erhalten Sie kostenlos beim

**Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein**  
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel,  
Tel. 0431/990165-0, Fax 0431/990165-11  
[Schleswig-holstein@steuerzahler.de](mailto:Schleswig-holstein@steuerzahler.de)